

Forderungen mit Folgen

Seit über zwei Wochen laufen Pro-Palästina-Proteste an der Universität Basel. Die bz beantwortet neun Fragen.

Silvana Schreier

1 Was ist bisher geschehen?

Das Bernoullianum, die Alte Gewerbeschule, das Institut für Soziologie: Drei Gebäude der Universität Basel wurden in den vergangenen zwei Wochen von propalästinensischen Aktivistinnen und Aktivisten besetzt. Das Bernoullianum wurde nach zwei Tagen geräumt. In der darauffolgenden Woche liessen sich die Besetzenden am Petersgraben 52 nieder. Am Tag darauf zog die Gruppe weiter und besetzte anschliessend die Liegenschaft am Petersgraben 27/29. Die Polizei räumte dieses Unigebäude am frühen Montagmorgen.

2 Warum werden Gebäude der Uni besetzt?

Die Besetzungen in Basel wurden inspiriert von Protesten zum Nahostkonflikt in zahlreichen Städten in Europa und den USA. In der Schweiz besetzten Aktivistinnen und Aktivisten noch vor Basel die Universität Lausanne, die Universität Bern und die ETH Zürich. Während es dort unterdessen ruhig ist, halten die Proteste in Basel an.

3 Was fordern die Besetzenden?

Die Gruppe Unibas4palestine, die die Besetzungen massgeblich organisiert, fordert, die Uni Basel soll die Zusammenarbeit mit israelischen Hochschulen, die an Militär- oder Kriegshandlungen beteiligt seien, beenden. Gleichzeitig sollen Forschende aus Palästina unterstützt werden. Auf Anfrage sagt ein Sprecher der Gruppierung: «Wenn die Uni die Kooperation mit israelischen Unis kündigt, hätte das eine Signalwirkung.»

4 Mit welchen israelischen Hochschulen arbeitet die Uni Basel zusammen?

Die Universität Basel kooperiert mit zwei Universitäten in Israel. Mit der Tel Aviv University haben die Juristische Fakultät sowie die Nahoststudien der Uni Basel Austauschprogramme vereinbart. In drei Fällen findet



Zuerst das Bernoullianum, zuletzt das Institut für Soziologie: Aktivistinnen und Aktivisten besetzen Gebäude der Uni. Bild: Juri Junkov (14.5.2024)

eine Zusammenarbeit mit der Hebrew University of Jerusalem statt: Eine Professorin ist im wissenschaftlichen Beirat der Nahoststudien, das Institut für Bildungswissenschaften führt eine Kooperation und es läuft eine Dissertation, die unter anderem von einer Assistenzprofessorin der Hebrew University betreut wird. Diese niederschweligen Kooperationen bestätigt die Uni Basel auf Anfrage.

5 Was sagen die Besetzenden zur aktuellen Situation?

Die Aktivistinnen und Aktivisten von Unibas4palestine wehren sich gegen die Repression der Uni, die ihren Ausdruck zuletzt mit der Räumung der letzten Besetzung gefunden haben soll. «Wir fordern, dass es keine Sanktionen für diejenigen gibt, die am Protest teilgenommen haben, dass die Polizei Unigebäude nicht mehr betreten darf und dass die Unileitung zurücktritt», sagt ein Sprecher der Gruppe. Die Leitung der Basler Uni sei Komplizin im Krieg Israels, sie übe Repression aus und schweige zur Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen.

6 Wie reagiert die Uni Basel auf die Kritik?

«Ein Abbruch der Zusammenarbeit mit Universitäten in Israel steht ausser Frage», schreibt Unisprecher Reto Caluori auf Anfrage. «Pauschale Boykottforderungen» diesbezüglich liessen sich nicht mit der Wissenschaftsfreiheit vereinbaren. Die Uni sei zu Gesprächen bereit gewesen und habe versucht, «eine Eskalation zu vermeiden». Für die Hochschule sei es nun aber nicht akzeptabel, dass die Aktivistinnen und Aktivisten sie mit illegalen Besetzungen unter Druck setzen wollen.

7 Welche Massnahmen ergreift die Uni Basel?

Nach der Räumung teilt die Uni am Montagmorgen mit, dass keine Besetzungen oder Störungen von Prüfungs-, Lehr- und Forschungsbetrieb geduldet würden. Dafür würden die bestehenden Sicherheitsmassnahmen mit Zutrittskontrollen beibehalten. Ein Augenschein zeigt: Vor den Eingängen der meisten Unigebäude sind Securitas-Angestellte stationiert.

8 Was sagt die Basler Politik?

SVP-Grossrat Joël Thüring hat eine Interpellation zu den Unibesetzungen eingereicht – dies ist der erste Vorstoss zu dieser Thematik. Er schreibt, die Uni habe es verpasst, sich deutlich von Antisemitismus und Hass gegen Israel abzugrenzen. Thüring will von der Regierung wissen, wie die Entscheide zu den

Räumungen abgelaufen sind, ob Personalien aufgenommen wurden und welche Konsequenzen die Proteste für die Teilnehmenden haben. Zuletzt fragt er nach der Neutralität der Uni sowie der Professorinnen und Dozenten.

9 Wie geht es jetzt weiter?

«Die Unileitung wird gegen weitere illegale Handlungen entschieden vorgehen», schreibt Unisprecher Caluori. Die Uni prüfe zudem rechtliche Schritte gegen die Besetzenden. Die Studierendenordnung kenne die Möglichkeit, gegen fehlbare Studierende Disziplinar-massnahmen zu ergreifen. Die Besetzenden hingegen planen bereits eine nächste Demo: Am Mittwoch wollen sie sich um 12.15 Uhr auf dem Petersplatz versammeln. Der Sprecher von Unibas4palestine sagt: «Wir erfahren viel Solidarität und werden den Protest fortsetzen.»